

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesner
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und der
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptanwalts des Reichsausschusses.

Verlagskonto: Dresden 158
Mittelstr. 52

Nr. 20.

Donnerstag, 24. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 12.-31. Januar 1924 2,20 Mk. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesabendes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Spalte für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Rabatt ersticht, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eines Zugscheines, der die Abgabe der Anzeigen bestätigt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeiträge können nur auf Verlangen oder auf Zahlung des Bezugspreises, Relationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Dr. Schachts Erfolg in Paris.

Paris. Der Beschluß des ersten Sachverständigenausschusses über die Notwendigkeit der Gründung einer deutschen Goldbank wird hier als großer persönlicher Erfolg des Reichsbankpräsidenten betrachtet. Das Interesse für diesen Plan ist auch in französischen finanziellen Kreisen groß. Vor dem zweiten Ausschuh hat der Reichsbankpräsident dargelegt, daß die Festhaltung der deutschen Kapitalien im Ausland mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre. Die Darlegungen Dr. Schachts haben darauf hinaus, daß es nur ein Mittel zur Befreiung der deutschen Kapitalien gäbe, nämlich die Sanierung der deutschen Finanzen.

Das Problem der deutschen Auslandskapitalien vor dem Sachverständigenausschuh.

Paris. Die Reparationskommission gibt folgendes Kommuniqué aus: Der Sachverständigenausschuh zur Prüfung der deutschen Auslandskapitalien hat eine erste sorgfältige Untersuchung der ihm unterbreiteten Probleme vorgenommen. Er hat Herrn Dr. Schacht und Herrn Bergmann in der Frage der allgemeinen Bedingungen gehört, unter denen es dem Ausichuh möglich sein wird, praktische Untersuchungen in Deutschland anzustellen. Der Ausschuh wird sich am kommenden Dienstag versammeln. Das Sekretariat des Ausschusses, das in Paris bleiben wird, wird in der nächsten Zeit eine bedeutende Menge von statistischen Mitteln sammeln, die der Ausschuh zur Fortführung seiner Arbeiten für notwendig hält.

Das Arbeitsloos des ersten Sachverständigenausschusses.

Paris. In diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Arbeiten des ersten Sachverständigenausschusses bereits gegen den 20. Februar zum Abschluß gelangen werden, wenn, wie bisher, Tag für Tag Sitzungen am Vor- und Nachmittag abgehalten werden. In Berlin wird sich der Ausschuh vom 20. Januar bis ungefähr 15. Februar aufhalten und nach der Regelung der Bankfrage mit der Prüfung des deutschen Staatshaushaltes beginnen. Wie sehr bekräftigt wird, hat Dr. Schacht im Laufe der Sitzung vor allem die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe geltend gemacht und den Standpunkt vertreten, daß in erster Linie mit dem Ertrage einer solchen Anleihe und im übrigen mit Hilfe deutscher Kapitalien zur Gründung der neuen Goldbank (mit einer Milliarde Goldmark Einzahlung) geschritten werden müsse.

Die Reise der Sachverständigen nach Berlin.

Paris. Das Sachverständigenkomitee Dawes (Budget und Währung) reist voraussichtlich am Montag nach Berlin ab.

Die Streitigkeiten in der englischen Kölner Zone.

London. Die Blätter messen dem Konflikt zwischen der französisch-belgischen Regie und den Kölner englischen Eisenbahnbehörden große Bedeutung bei. Nach der „Daily News“ bescheiden die französischen Forderungen die Stellung der Briten unhaltbar zu machen. — Im Grunde genommen seien sie jedoch als ein ungeheurer Schnitzer zu bewerten, denn Vergeltungsmaßnahmen dieser Art könnten den englischen Standpunkt betreffend die Ruhrbesetzung und die Separatistenfrage beeinflussen. Das Blatt bringt dann einen Artikel des Generalmajors Maurice zu demselben Thema. Maurice sucht insbesondere die Unfähigkeit der französisch-belgischen Regie nachzuweisen. Seine Ansicht nach seien diese nur der Grund für den Frankfurter, Frankreich habe aus dem Ruhrgebiet gar keinen Nutzen gezogen und durch die Besetzung ungefähr 18 Millionen Tonnen Kohlen verloren. Der Generalmajor erachtet, daß man einer Körperlichkeit, die keinen legalen Charakter besitze, unzulässig die Eisenbahn überlassen dürfe. Zum Schluß betont der Generalmajor, daß England energisch gegen die französischen Uebergriffe protestieren müsse.

Ein Kommuniqué der französischen Regierung.

Paris. Das französische Arbeitsministerium veröffentlicht betreffend den Eisenbahnverkehr durch die Kölner Zone ein Kommuniqué, in dem ausführlich der Standpunkt der französisch-belgischen Regierung dargelegt wird. In dem Kommuniqué heißt es unter anderem: Bekanntlich hat die französisch-belgische Regie seit dem allgemeinen Eisenbahnverkehr, der von der deutschen Verwaltung zu Beginn 1923 für das linke Ruhrufer angeordnet wurde, die Ausdehnung der französisch und belgischen Zone unter Ausschluß der englischen Zone übernommen. Die Regie hat den Verkehr zwischen Köln und der belgischen Grenze stets in entsprechendem Umfange aufrecht erhalten. Dagegen haben die Verkehrswege zwischen der Ruhr und der französisch-belgischen Zone durch den eingeschränkten Verkehr in der englischen Zone erheblich zu leiden gehabt. Die allgemeine Wiederaufnahme zwischen dem gegenwärtigen Netz der Regie und den Linien der Kölner Zone kann nur durch eine allgemeine Lösung, wenn möglich auf Grund der englischen Vorschläge vom Dezember erfolgen. Es ist zu wünschen, daß eine solche Lösung erfolgt und damit die Möglichkeit gegeben ist, sowohl auf die wirtschaftlichen Interessen des Kölner Gebietes, sowie auf die Dienste und nötigen Sicherungen anderer Verkehrswegen Rücksicht zu nehmen.

Die Regierung Macdonald im Amt.

London. Die erste Arbeiterregierung in der Geschichte Englands ist nunmehr auch formell in ihr Amt eingetretten. Am frühen Vormittag schon begaben sich die Mitglieder des Kabinetts Baldwin in Audienz zum König, dem sie die Siegel und die Insignien ihrer Ämter übergeben zur Verfügung stellten. Darauf empfing der König, bei dem auch der Prinz von Wales weilte, die Mitglieder des neuen Kabinetts, die er vereidigte und denen er Siegel und Insignien ausshändigte. Eine unübersehbare Menschenmenge hatte sich vor den Eingängen des Buckinghampalastes versammelt, um Zeuge dieses historischen Ereignisses zu sein. Am Nachmittag hielt das neue Kabinet in der Downing Street, dem Amtssitz des englischen Ministerpräsidenten, seine erste Sitzung ab, an der unter Macdonalds Vorsitz 10 Mitglieder teilnahmen. Am Laufe des Tages beistete Macdonald auch das neuere Amt, um dort seine Vorgesetzten als Außenminister offiziell zu übernehmen.

Weitere Mitarbeiter Macdonalds.

London. Das Kabinet Ramsay Macdonald wird zahlreiche Mitarbeiter wählen. Der Premierminister beabsichtigt, eine Reihe von Unterstaatssekretären mit besonderen Aufgaben zu beauftragen. Ramsay Macdonald macht über die Besetzung verbleibender Unterstaatssekretariate folgende Angaben: Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Poulson, Erziehungsminister Morgan Jones, Kriegsminister Major Little, Innenminister Davies, Finanzsekretär am War Office Lawson, Unterstaatssekretär für Grundbesitz Sir William. Der „Daily Mail“ zufolge wird Patrick Duggan zum Kronanwalt und Chester zum Generalkonstaabpost ernannt werden. Drei der neu ernannten Minister, Sir Edwin Clither, General Thomas und Henderson müssen sich um einen Abgeordnethen bewerben. Henderson wurde bekanntlich bei den letzten Wahlen geknallt.

Ein konservatives Ministerkabinet gegen Macdonald. London. Eine Gruppe der konservativen Partei beabsichtigt, kurz nach Wiedereröffnung des Parlamentes folgendes Ministerkabinet gegen Macdonald einzubringen: Das Haus hat zu einer Resolution, die nicht einmal den dritten Teil der englischen Wähler darstellt, kein Vertrauen, weil sie außerdem theoretisch und praktisch auf den Sozialismus ein geschworen und daher außer Stande ist, die Verwaltung des Landes entsprechend den Wünschen der großen Mehrheit seiner Bürger durchzuführen. Die konservative Gruppe, die die vorstehende Resolution einbringen gedenkt, steht unter der Führung des Abgeordneten Ringden Wood.

Sifferni Spekers an die zivilisierte Welt.

Von der Einwohnerchaft Spekers ist durch Vrankspruch an die Welt folgender Sifferni ergangen: Selangens, deren Vergehen darin besteht, daß sie die Regierung der autonomen Pfalz nicht als rechtmäßige Behörde anerkennen, werden zur Strafe in Regierungsgewahrsam an Speker von den Separatisten gefangen gehalten. Ihre Nummerne dringen durch die Mauern auf die Straße. Selbst Frauen bleiben nicht verschont vor grausamer Peinigung. Ihr Klagen und Wimmern dringt an unser Ohr und Herz. Wir alle hören die Rufe der Qual und Pein Tag und Nacht. Wir rufen hinaus in alle Welt: Erbarmt euch der schuldlos Gepeinigten, der ert Wühdeln, die leiden um der Treue willen an ihrer Heimat!

Protest gegen die Schließung der Landesdruckerei. Ludwigsbafen. Die berulenen Vertreter der 20000 Katholiken der Stadt, ihrer katholischen Kirchen und Pfarreien sowie sämtlicher katholischer Vereine haben beim Delegierten der Rheinlandkommission gegen die rechtswidrige Beschließung und Schließung der Druckerei der Neuen Pflanzlichen Landeszeitung, in der das katholische Kirchenblatt und die katholische Arbeiterzeitung gedruckt werden, scharfsten Protest eingelegt und verlangt, daß den Katholiken das volle freie Verfügungsrecht über ihr Eigentum wieder zurückgegeben werde.

Die General de Mey die Separatisten schlägt. Speker. General de Mey erklärte unlängst Vertretern der pfälzlichen Städte, die bei ihm Verwahrung gegen die Verewaltung durch die Separatisten einlegten, wenn sie mit der neuen Regierung nicht einverstanden seien, so sei das nicht Außerordentliches. Auch in Frankreich gebe es verschiedene Parteien, die einen freien Republikaner, die anderen Monarchisten; so sei es auch hier, und die Männer der neuen Regierung seien Freunde der Republik und des Friedens. — Anlässlich eines Empfanges ausländischer Journalisten, die kürzlich die Pfalz bereiten, durch General de Mey wurde diesem von einem der Journalisten die Frage vorgelegt, wie es komme, daß die separatistischen Banden mit Waffen im Lande umherziehen dürften, während die mit der Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung betrauten verfassungsmäßigen Beamten entwaffnet seien. General de Mey antwortete darauf: „Das Sie separatistische Banden nennen, ist die ordentliche Polizei der neuen Regierung, die wir de facto anerkennen.“

Um die dritte Steuernotverordnung.

In der gestrigen Kabinettsitzung, in der Finanzminister Dr. Lutzer über die dritte Steuernotverordnung Bericht erstattete, sind irgendwelche Weisungen noch nicht gefasst worden. Die Beratung wird am Freitag nachmittag fortgesetzt werden. Vorher können über den Inhalt der Verordnung keine näheren Mitteilungen gemacht werden, da die Befestigung der Verordnung von dieser Beratung abhängt. Vorkauf kann nur gefasst werden, daß es sich um eine allgemeine Anleiheunternehmung handelt.

Den Rücktritt des Reichspräsidenten

fordert eine Erklärung, die der erweiterte Vorstand des Bundesverbandes Berlin der deutschnationalen Volkspartei beschlossen hat. Es heißt darin u. a.: Der erweiterte Vorstand unterstreicht die Forderung nach sofortiger Auflösung des Reichstages, der in keiner Weise mehr der Stimmung des Volkes entspricht und verlangt die Beilegung der Schlichtung einer innerlich schwachen Regierung, deren Ertrag durch einen nationalen Diktator oder einen nationalen Regierungsausschuh, und den Rücktritt eines Präsidenten, der sein Amt immer noch ohne die verfassungsmäßige Wahl ausübt.

Der Meinungsaustrausch

Über die deutsche Note vom 9. Januar.

Paris. Die Volkskammer haben sich gestern vormittag am Quai d'Orleans versammelt und sind in einen Meinungsaustrausch über die deutsche Note vom 9. Jan. betreffend die Wiederannahme der Militärrückstellungen eingetreten. Im übrigen wurden laufende Geschäfte erledigt. Ein Kommuniqué ist nicht veröffentlicht worden, ebenso wurden Beschlüsse nicht gefast.

Der Sparauschuh zum Beamtenabbau.

Der Sparauschuh des Reichstages behandelte gestern den Abbau beim Personal des Rechnungshofes, des Anlegereichs amts und des Arbeitsministeriums. In Anbetracht der überaus schwierigen Finanzlage des Reiches erklärte der Ausschuh den Abbau im Geschäftsbereich des Arbeitsministeriums als nicht genügend. Der Ausschuh sah sich veranlaßt, das Augenmerk der Reichsregierung darauf zu lenken, daß bei der Reduzierung des bisherigen Abbaus der einzelnen Behörden und Ämter der Eindruck entstehen müsse, daß manche Behörden ihren Abbauschritt auf die Erreichung der vorgeschriebenen Mindestprozentzahlen abgestellt haben. Der Ausschuh müsse mit aller Energie darauf dringen, daß der Abbau nach den durch organisierte Einwirkungen gegebenen Möglichkeiten, und zwar in ihrem vollen Ausmaß und nicht nach Mindestprozentzahlen durchgeführt werde. Heute wird sich der Ausschuh u. a. mit dem Abbau beim Auswärtigen Amt beschäftigen.

Die Beamten und die Abbauberechnung.

Die die „Erbrech-Korrespondenz“ erklärt, haben sämtliche Erbkereorganisationen der Beamten dem Reichskanzler eine Eingabe überreicht, in der auf die ständig wachsende Erbkereorganisation hingewiesen wird, die durch die Personalabbauberechnung in die Beamtenorganisationen hineingetragen worden ist. Die Berechnung enthält unzulässige und sachlich unzutreffende Schritte. In der Eingabe werden u. a. folgende Vorschläge zu der Berechnung gemacht: 1. Der Erlaß der im Artikel 24 der Personalabbauberechnung vorgesehene Ausführenden Bestimmungen ist mit größter Bedauerung zurückzuführen. 2. Die Schaffung eines unabhängigen und neutralen Schlichterorgans ist mit größter Bedauerung zurückzuführen. 3. Es ist die geforderte Vorkaufsmaßnahme zu treffen, daß jede Abänderung der Beamtenabbauberechnung irgendeine Einschränkung auch auf die betroffenen Beamten Anwendung findet. 4. Die im Artikel 10, Paragraph 1 der Personalabbauberechnung vorgesehene Kürzung der Versorgungsbezüge infolge Vertragsverhältnissen ist aufzuheben. 5. Die Abfindungsleistungen für die Beamten mit geringerer Dienstzeit müssen angemessen erhöht werden, um ihnen den Lebensunterhalt in einem anderen Beruf zu erleichtern. Die vom Röntgenauschuh des Reichstages vorgeschlagene Erhöhung ist nicht anzunehmen. 6. Die im Artikel 14 vorgesehene Art der Befestigung der Lebenslänglichen Anstellung und des einseitigen Ruhestandes bedeutet eine umfangreiche Verewaltung des Beamtenbetriebes und ist durch eine andere Bestimmung der Verordnung aufzuheben. 7. Die in Artikel 8 Paragraph 3 vorgesehene Ausdehnung der Wiederbenutzung abgebauter Beamten muß als eine unbedingte Herabsetzung der Betroffenen angesehen werden. 8. Die in Artikel 22 Ziffer 5 festgesetzte Dauer der Abbauberechnung bis 31. März 1927 ist sachlich und verewaltungstechnisch nicht begründet. Die Beamtenorganisationen halten eine Begrenzung der Berechnung bis zum 31. März 1925 für möglich und notwendig. Zum Schluß wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Beamtenorganisationen nach wie vor bereit sind, die Regierung bei der lokalen Durchführung der Berechnung zu unterstützen.

An unsere Postbezieher!

Bestellen Sie noch heute für Monat Februar das „Riesner Tageblatt“. Für alle nach dem 25. eines Monats eingehenden Zeitungsbestellungen berechnet die Post eine Sondergebühr von 20 Goldpfennig.